

Schlafwandeln in den Atomkrieg!



von Rainer Rupp, 24. Februar 2024

Beim Gipfeltreffen der G20-Außenministerinnen in Rio de Janeiro jagten mehrere Erklärungen Sergei Lawrows vielen Zuhörer einen Schauer über den Rücken. Denn laut dem russischen Außenminister erlebt die Welt derzeit die fast vollständige Zerstörung der Grundlagen des Systems zur Eindämmung der Risiken eines Atomkonflikts.

Am Rande des Treffens in Rio de Janeiro am 21. und 22. Februar 2024 erklärte Lawrow, dass die während des Kalten Krieges zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten im gegenseitigen Einvernehmen ausgehandelten und so sorgfältig aufgebauten Hürden gegen ein zufälliges Abgleiten in einen Nuklearkrieg derzeit durch die irrationalen Handlungen des Westens zerlegt werden. Mit anderen Worten, derzeit passiert all das, was auf beiden Seiten der Systemauseinandersetzung während der schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges befürchtet wurde. All die sorgfältig errichteten Hindernisse zur Verhütung eines Atomkriegs in Form von Verträgen über Rüstungsbeschränkungen wie Obergrenzen für Interkontinentalraketen und über die Zahl und den Wirkungsgrad der Nuklearsprengköpfe und später in Form von Abkommen zum Abbau von Atomwaffen und Trägersystemen, sowie die dazugehörigen Verträge über vertrauensbildende Maßnahmen, Streitkräftetransparenz und gegenseitige Überprüfungen über die Einhaltung der Abkommen, all dies ist seit der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 von den USA einseitig und systematisch Schritt für Schritt abgebaut und in die Abfalltonne getreten worden. In den vorangegangenen 50 Jahren des Kalten Krieges haben inmitten

eines Gleichgewichts des Schreckens und der totalen gegenseitigen Vernichtung ganze Generationen von Diplomaten aus den USA und der UdSSR letztlich mit Erfolg daran gearbeitet, ein Modicum von gegenseitiger Sicherheit zu schaffen. Dies war nicht mit mehr oder besseren Waffen gelungen.

Vielmehr begann der richtige Weg zum Ziel mit der Suche nach gegenseitigem Verständnis und der Bereitschaft, die Lage aus der jeweiligen Sicht des Gegners zu sehen, zu erkennen, wo die roten Linien des Gegners verlaufen und zu verstehen und zu respektieren, warum das so und nicht anders ist.

Wichtig war auch auf beiden Seiten die Einsicht, dass, wenn man bei der Schaffung eines für beide Seiten akzeptablen Sicherheitssystems weiterkommen will, die roten Linien beziehungsweise die größten Sorgen des Gegners berücksichtigt werden müssen. Auf den Kern gebracht darf meine Sicherheit nicht durch mehr Unsicherheit des Gegners erreicht werden, weil dies nur ein neues Wettrüsten hervorbringen würde und noch mehr Unsicherheit zufolge hätte. Vielmehr ging es damals darum, einen Rahmen zu schaffen, in dem meine Sicherheit auch die Sicherheit des Gegners ist. Wenn man das erreicht, dann können auch Gegner Sicherheitspartner werden. Für eine erfolgreiche Friedensarbeit vor dem Hintergrund der Möglichkeit einer totalen atomaren Vernichtung beider Seiten ist die Anerkennung des Gegners als gleichberechtigter Verhandlungspartner unabdingbar!

Als Nächstes kommt die beiderseitige Bereitschaft, Verständnis für die Lage des Gegners aufzubringen, für dessen Geschichte und Kultur, für dessen wirtschaftliche und politische Probleme und wo immer womöglich Bereiche gemeinsamer Interessen und Kooperationen herauszuarbeiten. Bei all dem haben ab Mitte der 1980er - Diplomaten und Politiker beider Seiten im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit

in Europa (KSZE) erfolgreich kooperiert und auf diese Weise die Welt davor bewahrt, dass der Kalte Krieg zwischen den Supermächten zu einem heißen wurde und stattdessen sein Ende fand. Von diesen friedenspolitischen Maßnahmen, von den Verträgen und Abkommen ist heute, 33 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion, nichts mehr da. Ein Abkommen nach dem anderen wurde von einer neuen, neokonservativen Kriegerkaste in Washington in die Mülltonne getreten. Ganz unverhüllt demonstrierten die US-Exzeptionalisten als Vertreter der einzig übrig gebliebenen Supermacht rund um den Globus ihre militärische Dominanz, mit der sie ihre hegemonialen Ansprüche zu untermauern versuchten.

Aber heute existieren immer noch Tausende von Atomsprengköpfen und dazugehörige interkontinentale Trägersysteme sowohl auf USamerikanischer als auch auf russischer Seite. Aber die Hindernisse gegen ihren zufälligen Einsatz, die Verträge und Abkommen, die gegenseitigen Überprüfungen und all das andere, was während des Kalten Krieges einen ungeplanten Atomkrieg verhindern sollte, existiert nicht mehr. Und das Forum, in dem die gegenseitige Verständigung und die vertrauensbildenden Maßnahmen institutionalisiert wurden, die KSZE, ist leider zu einem billigen Propagandainstrument der US/NATO und EU gegen Russland verkommen. In dieser Situation haben die US/NATO-Großmanöver in der Nähe der russischen Grenze begonnen. Die heizen die wegen des Krieges in der Ukraine ohnehin bereits angespannte Situation weiter an. Zugleich haben die USA jüngst wieder Übungen zum Ersteinsatz von Nuklearwaffen abgehalten und in alle Weltrichtungen ihren atomaren Knüppel geschwungen. Vor diesem Hintergrund beklagte der russische Außenminister Lawrow in Gesprächen am Rande des G20-Gipfels in Rio de Janeiro, wie Washington unter dem fiktiven Vorwand einer von Russland angeblich geplanten Aggression gegen die NATO-Ostgrenze versucht, seine Verbündeten in Westeuropa gegen Russland aufzuhetzen. Es sei „nicht schwer zu erraten, wozu das führen kann“, so Lawrow. Ursprünglich wurde das Format

der G20-Treffen nicht geschaffen, um globale Probleme zu diskutieren, sondern als Chance für einen engeren Kontakt zwischen westlichen Ländern und dem Globalen Süden. Vertreter Chinas äußerten die Hoffnung, dass während der Sitzungen keine geopolitischen Fragen aufgeworfen würden, sondern im Gegenteil der Gipfel zur Stärkung der Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmern beitragen sowie einen positiven Beitrag zum globalen Wirtschaftswachstum und zur globalen Entwicklung leisten würde. Der Gastgeber des Treffens, der brasilianische Außenminister Mauro Vieira, sagte jedoch, dass die Tagesordnung des Gipfels globalen Sicherheitsfragen sowie Fragen der Reform internationaler Organisationen gewidmet sei, die ihre Ineffizienz und Unfähigkeit gezeigt hätten, das Problem zu lösen, für das sie einst geschaffen wurden. Diese Liste

umfasst die UNO, den IWF und die Weltbank – diese Institutionen haben sich an ihre westlichen Herren angepasst und seien zu deren Geldtaschen geworden. Lawrow erinnerte etwa daran, dass der IWF im Rahmen des von der G7 genehmigten Finanzierungsprogramms für die Ukraine im Jahr 2023 insgesamt 15,7 Milliarden Dollar nach Kiew überwiesen hat. Das habe das gesamte sechsmonatige Kreditvolumen des IWF an den Rest der Welt deutlich überstiegen. Neben der Warnung vor nuklearen Bedrohungen, denen die Welt ausgesetzt ist, wies Lawrow auch darauf hin, dass die westlichen Länder die Nachrichten über Putins Interview mit dem amerikanischen Journalisten Tucker Carlson mit schäumender Wut aufgenommen haben, weil die Wahrheit, die von den westlichen Mainstream-Medien so sorgfältig verborgen wird, endlich bekannt wurde und

Millionen von Menschen sie hören konnten. Er erklärte, dass der Westen seine berüchtigten „Regeln“ anstelle des Völkerrechts vorantreibe. „Eine solche Politik basiert auf Neokolonialismus, dem Wunsch nach Dominanz im politischen, wirtschaftlichen und humanitären Bereich unter dem Deckmantel schöner Phrasen“, sagte Lawrow. Auf Betreiben des Westens würden die Grundfesten des internationalen Dialogs und der internationalen Kommunikation untergraben. Zugleich suche der Westen nach kriminellen Wegen, Staatsvermögen und Privateigentum anderer Staaten zu beschlagnahmen, während in der Ukraine Ackerland von US-Unternehmen in großem Stil aufgekauft wird. Zugleich würden die Ukrainer selbst von Präsident Wolodymyr Selenskij als „Verbrauchsmaterial“ (Kanonenfutter) benutzt.

* * * AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES * * *

Der Vorstand wählte einstimmig Steffen Haupt (TIG Chemnitz) und Gerald Böhm (TIG Leipzig) zu Stellvertretern des Vorsitzenden. Steffen Haupt wird die Verantwortung für „ISOR aktuell“ übernehmen und damit künftig auch als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts fungieren.

Als neue Mitglieder des Vorstandes kooperierte der Vorstand Hans-Jürgen Schwart (TIG Halle 3) und in ihrer Eigenschaft als friedenspolitische Sprecherin die Geschäftsführerin Anja Mewes. Hans-Jürgen Schwart wird im Vorstand die Funktion des Landesbeauftragten für das Land Sachsen-Anhalt übernehmen.

Manfred Jonischkies scheidet Ende März auf eigenen Wunsch und aus Altersgründen aus dem Vorstand aus. Ein Nachfolger für ihn als Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern ist noch nicht bestimmt. Die per E-Mail zum Versand kommende komplette Ausgabe und die auf der Web-Seite veröffentlichte gekürzte Ausgabe erscheinen künftig ohne zusätzliche Kosten in Farbe, während die Print-Ausgabe weiter schwarz-weiß bzw. die Seite 1 in Zukunft farbig, ohne Mehrkosten zu verursachen, gedruckt wird. ISOR-Mitglieder mit Internetzugang erhalten damit einen zusätzlichen Anreiz, von der gedruckten Ausgabe auf den E-Mail-Bezug umzusteigen.

Die Landesbeauftragten berichteten über geplante Aktivitäten in den TIG der jeweiligen Länder. Die Teilnahme an den Ostermärschen der Friedensbewegung und den Ehrungen anlässlich des Tages der Befreiung wurden dabei besonders hervorgehoben.

ERNENNUNG VON EHRENMITGLIEDERN

Zu Ehrenmitgliedern der ISOR wurden auf Beschluss des Vorstandes ernannt:

Fritz Eberhardt in Würdigung seiner langjährigen konstruktiven Arbeit als Mitglied des Beirates der ISOR im Bereich Potsdam und Gunter Emmaus für seine Verdienste um die TIG Neubrandenburg.

Standpunkt des Vorstandes zur Weiterführung unseres Kampfes gegen das Rentenunrecht und das Zusammenwirken mit dem Verein „Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.“ (RTR)

Gerald Böhm, Stellv. Vorsitzender der ISOR e. V., Mitglied des Vereins RTR e. V., Leipzig, 13. März 2024

Die Weiterführung unseres Kampfes gegen das Rentenunrecht wird durch uns als ISOR e. V., so wie in unserer Führungskonzeption 2022 bis 2026 im Punkt I festgelegt, bestimmt. Dieser Kampf ist das Herzstück unseres solidarischen Wirkens. Unsere eigenen Maßnahmen werden wir weiter fortsetzen und neue Ansatzpunkte für den politischen Kampf zur Erreichung unserer berechtigten Rentenanprüche erschließen. Es geht uns darum, das Rentenunrecht in Gänze zu bekämpfen und zu beseitigen. Daran darf es keinen Zweifel geben. Das weitere Verfolgen unseres Antrages an den Wirtschafts- und Sozial-

rat der UNO ECOSOC vom 20.07.2023, die Unterstützung der Maßnahmen der Partei „Die Linke“ im Deutschen Bundestag zur Erreichung eines Rentengerechtigkeitsfonds, das verstärkte Bemühen, das Rentenunrecht in die Öffentlichkeit zu bringen und die Zusammenhänge zwischen diesem Unrecht und dem zunehmenden, sich beschleunigenden Sozialabbau offenzulegen, werden wichtige Schwerpunkte in unserem Kampf gegen das Rentenunrecht in der nächsten Zeit sein. Auch die Eingabe unseres Genossen Hartwig Müller an den Petitionsausschuss des Bundestages wird von uns unterstützt und gehört

zu den Aktivitäten unseres Kampfes gegen das Rentenunrecht. Genosse Müller hat dazu in einem Leserbrief an die „ISOR aktuell“, der in dieser Ausgabe veröffentlicht ist, seine Position zum Ausdruck gebracht, der wir als Vorstand voll inhaltlich zustimmen.

Das Zusammenwirken und die solidarische Unterstützung des Kampfes gegen das Rentenunrecht von ca. einer halben Million betroffener DDR-Bürger, der durch den RTR geführt wird, gehört zu unseren Aktivitäten, unser Rentenrecht durchzusetzen. Letztlich haben unsere Aktivitäten und die des RTR in der Vergangenheit dazu geführt, dass die

Ein Besuch in Stalingrad

Berlin, den 25. Februar 2024 Lothar Schlüter

Bundesregierung durch das Auflegen des Härtefallfonds anerkannt hat, dass bei der Überführung des DDR-Rentenrechts in das bundesdeutsche Rentensystem Unrecht geschehen ist, ohne die erforderliche Konsequenz durch Aufnahme der erworbenen Rentenansprüche der DDR Bürger in bundesdeutsches Recht umzusetzen und damit die Lebensleistungen aller Betroffenen anzuerkennen. Wir als ISOR und der RTR lehnen aus diesen Gründen die Härtefallregelungen entschieden ab und fordern von der Bundesregierung eine Lösung, die den Rentenanwartschaften der DDR Bürger gerecht wird. In der „ISOR aktuell“ vom Dezember vorigen Jahres und in der Ausgabe vom März wurde über die Aktivitäten und Maßnahmen des RTR informiert. Es geht darum, den politischen Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, an die Verantwortung der Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer für die soziale Gleichstellung ihrer Bürger und für die soziale Befriedung zu appellieren, Bündnispartner für den Kampf um Rentengerechtigkeit, vor allem bei den Gewerkschaften zu gewinnen und unter Nutzung der Landtagswahlen 2024 ein breites öffentliches Bewusstsein in der Bevölkerung zum Bestehen und zur Beseitigung dieses Unrechts zu erreichen. Dass diese Aktivitäten erfolgreich sein können, beweist eine Stellungnahme des DGB Sachsen vom 12.03.2024, der sich solidarisch zum Rentenrechtskampf erklärt und die Herstellung von Rentengerechtigkeit unterstützt. Worin bestehen unsere Chancen? Unser Wille und der des RTR, sich mit Nachdruck für die Beseitigung des Rentenunrechts einzusetzen, ist ungebrochen. Aufgeben ist keine Option. Ständiges Weiterführen des politischen Kampfes, insbesondere durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit muss dazu führen, dass die gegenwärtigen politischen verfestigten Positionen der Regierung des Bundes und der Länder zur Ablehnung der gerechtfertigten Rentenansprüche der DDR-Bürger aufgegeben werden und eine sozial gerechte Lösung gemeinsam mit uns Betroffenen gefunden wird. Für ein solidarisches Zusammengehen wurden mit unserer Mitgliedschaft im RTR und der Aufnahme unserer Berufsgruppen in die Satzung des RTR wichtige Voraussetzungen geschaffen, unseren eigenen Kampf für Rentengerechtigkeit wirkungsvoll zu unterstützen. Setzen wir gemeinsam unsere Anstrengungen und Aktivitäten im Kampf gegen das Rentenunrecht auch im Hinblick auf die bestehenden Wahlen in den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen und der Bundestagswahl im nächsten Jahr fort und unterstützen wir uns gegenseitig.

Einige Leser werden sich vermutlich die Augen reiben wegen der von mir gewählten Überschrift. Ja, ich war auf Einladung des Bürgermeisters von Wolgograd vom 31.1. bis zum 6.2.2024 Gast in dieser Stadt. Für mich war es der erste Besuch von Wolgograd und ich war natürlich auch aufgeregt, was mich wohl erwartet.

Vermittelt wurde dieser Besuch durch den Verein „Berliner Freunde der Völker Russlands e. V.“. Der Verein, der die Rechtsnachfolge der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ übernommen hat und in der DDR über eine große Mitgliedschaft verfügte. Anlässlich des Jahrestages der Kapitulation der 6. Deutschen Armee in Stalingrad ist der 2. Februar in der russischen Geschichtsschreibung ein Feiertag und wird von den Menschen dieser Stadt entsprechend gewürdigt. Dafür trägt die Stadt Wolgograd an diesem Tag wieder ihren ursprünglichen Namen Stalingrad. Wir nahmen an diesen Festivitäten als deutsche Gäste teil und waren natürlich gefragte Gesprächspartner.

Unser erster Besuchstag begann mit einer Visite des Mamajew-Museums. Ich war beeindruckt, als wir am Fuße des Mamajew-Hügels standen und mit zwei jungen Studenten unseren Rundgang begannen. Wir legten an der ewigen Flamme am Fuße der „Mutter Heimat“ ein Blumengebinde nieder und verneigten uns als Ehrenbezeugung für die gefallenen Soldaten der Roten Armee. Wir näherten uns einem weiteren Höhepunkt unseres Programms mit der Teilnahme am Runden Tisch in der Pädagogischen Staatlichen Universität in Wolgograd zum Thema „Multipolare Welt – Eine sich verändernde Weltordnung“. Dazu begrüßte uns herzlich der Rektor der Universität Alexandr Korotkov. Die Konferenz war mit internationaler Besetzung vorbereitet und unsere Eintrittskarte war ein Kurzinterview für das anwesende russische Fernsehen. Mein Reisepartner sprach in der Diskussionsrunde über unsere Haltung zu dieser Thematik. Im Interview betonten wir, dass wir stellvertretend für viele andere deutsche Bürger hier stehen, die eine andere Politik gegenüber der Russischen Föderation einfordern. Wir machten auf die Notwendigkeit aufmerksam, dass bestehende Gesprächskanäle weiter aufrechterhalten und dort, wo möglich, wieder ausgebaut werden sollten.

Am nächsten Tag waren wir eingeladen beim Präsidium des „Friedensfonds der Russischen Föderation – Region Wolgograd“, vertreten durch Juri Starowitsch, Held der Sowjetunion, Ehrenbürger der Stadt Wolgograd und Nagasakis. Der 93-jährige Juri sprach sehr emotional über seine gegenwärtigen Eindrücke über Politik und die Haltung der Deutschen. Nicht nur er, sondern auch die anderen anwesenden russischen Vertreter äußerten ihr Unverständnis über die Haltung der Bundesrepublik Deutschland, dass sie sich bedingungslos vor den US-amerikanischen Karren spannen lässt.

Wir bemühten uns in den Gesprächen darauf zu verweisen, dass es viele Menschen in Deutschland gebe, die diese Politik gegenüber Russland nicht teilen. Eine Besonderheit bestehe auch darin, dass man ver-

sucht, über das Strafrecht die Menschen in der Bundesrepublik zu disziplinieren. Im Rahmen dieser Veranstaltung übergaben wir die Broschüre „Soldaten für den Frieden“, zwei Ausgaben von „ISOR aktuell“, darunter die mit dem Leitartikel zum Schreiben an den UN-Rat zu Fragen der Rentengerechtigkeit des Vereins „ISOR e. V.“; zwei Ausgaben des „Kompass“ von unseren Freunden und Kampfgefährten des Vereins „Zur Pflege der Tradition der NVA und der Grenztruppen der DDR e. V.“; zwei Ausgaben des „RotFuchs“ des gleichnamigen Fördervereins sowie zwei Ausgaben der „TROIKA“ des Vereins „Berliner Freunde der Völker Russlands e. V.“.

Auch der Ausbau unserer Kontakte stand im Fokus. Damit es bei keinen leeren Worten bleiben sollte, trafen wir eine Vereinbarung über die weitere Ausgestaltung unserer Zusammenarbeit, die am Montag, 5.2.2024, unterzeichnet wurde. Ein schönes Abendessen beendete diesen erlebnisreichen Tag und weitere sollten folgen. Am Sonntagvormittag fuhren wir zu einer Besichtigung des Museumskomplexes „Старая Капелла“. Dort konnten wir Informationen zu dem Leben und Wirken der Wolgadeutschen erfahren. In einer gemütlichen Runde mit dem ortsansässigen Verein zur Pflege der deutschen Kultur und Sprache stellten wir fest, dass die Bindungen zwischen den Deutschen und den Russen sehr praktisch gelebt wurden und immer noch werden. Wir konnten feststellen, dass wir gemeinsame Bekannte haben, die dieses Projekt in Wolgograd unterstützen. Im abschließenden Gespräch mit unserer Betreuerin, erfuhren wir, dass es Deutsche waren, welche bei der Wiederausrüstung der Kirche mit einer Orgel Hilfe leisteten. Dabei ging mir sofort durch den Kopf, dass Wolfgang Kroschel, unser langjähriger Chefredakteur von ISOR-aktuell, mir im persönlichen Gespräch erzählte, dass er bei einem Transport der Orgel nach Wolgograd beteiligt war. Als ich unserer Betreuerin davon erzählte, waren zwischenzeitlich mehrere Damen zu unserer Runde gestoßen und folgten sehr interessiert unserem Gespräch. Als diese Frauen fragten, ob es sich um „Kroschka“ (seinem Internet-Namen) handele und ich bejahte, war die Freude natürlich sehr groß. Bei einer Teerunde mit frisch gebackenem Kuchen vertieften wir unsere Erinnerungen. Mir ist dieses Erlebnis eine persönliche Freude, die ich mit Wolfgang teile, da ich Wolfgang als einen aufrichtigen und ehrlichen Menschen kennen gelernt habe. Wolfgang wird beim nächsten Besuch in Wolgograd dabei sein, und ein Besuch des Museumskomplexes „Старая Капелла“ ist bereits geplant.

Am Montag, 5.2., besuchten wir den Soldatenfriedhof vor den Toren der Stadt Wolgograd. Ich wusste teilweise was mich erwartet, denn ich kannte Dokumentationen über die Kriegsgräberfürsorge, welche speziell das Gebiet von Wolgograd (Stalingrad) betraf. Mit Katja und Sergej organisierten wir noch Blumen für diese Visite.

Als wir ankamen, wurde mir sofort bewusst, wo ich war. Auf der russischen Seite des Soldatenfriedhofes waren überall frische Blumen und Kränze zu sehen. Wir legten auch Blumen nieder und verneigten uns vor den russischen Toten. Ich war sehr bewegt und beeindruckt von den Worten der kämpfenden Rot-

Berliner Landgericht auf Delegitimierungskurs

Wolfgang Schmidt

armisten, welche in Stein gemeißelt zu lesen waren. Anschließend begaben wir uns zum Teil des Soldatenfriedhofes, auf dem die sterblichen Überreste der gefallenen deutschen Soldaten bestattet sind. Ich sollte dort ein Blumengebinde niederlegen und hatte damit ein Problem. Es waren deutsche Soldaten, die Tod, Vernichtung und Elend bis nach Stalingrad trugen, und nun soll ich für diese Taten auch noch Blumen niederlegen! Es ist der Großherzigkeit russischer Menschen und der Sowjetunion zu verdanken, dass sich an diesem Ort eine neue oder auch andere Gedenkkultur etablieren konnte. Mit diesen Gedanken habe ich dann die Blumen niedergelegt.

Im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen über die Kriegsgräberfürsorge ist vieles geschaffen worden und optisch für jeden Besucher wahrnehmbar. Ich habe Verständnis für deutsche Familien, die Angehörige in der Schlacht um Stalingrad verloren haben, aber ich wehre mich gegen Erscheinungen, die diese geschichtlichen Ereignisse bewerten und bagatellisieren. Die UdSSR hat einen hohen Blutzoll leisten müssen, um nicht nur die russische Heimat, sondern Deutschland und Europa vom Faschismus zu befreien. Respekt und Achtung vor dieser Willenskraft ist für mich in der Betrachtung dieser geschichtlichen Ereignisse einfach selbstverständlich. Ich komme aus einem kommunistisch geprägtem Elternhaus und man musste mir keinen Antifaschismus verordnen. Den Arbeitstag schlossen wir mit der Unterzeichnung der gemeinsamen Vereinbarung zwischen dem „Friedensfonds der Russischen Föderation der Region Wolgograd“ und dem Verein „Berliner Freunde der Völker Russlands e. V.“ ab. Eine kleine Stadtrundfahrt und der Besuch der Straße der Helden beendete unseren Arbeitsbesuch.

Natürlich hatten wir unsere Kontakte und Gespräche auch dafür genutzt, über das Leben in der Russischen Föderation zu sprechen und über die Sorgen und Nöte der Menschen hier wie dort einiges zu erfahren. Meine mir an die Seite gestellte Germanistik-Studentin als Dolmetscherin berichtete mir, dass sie Wladimir Putin nicht wählen wird, aber sie froh darüber ist, dass er da ist und als Präsident der Russischen Föderation viel Gutes tut. Natürlich ist der Ukraine-Konflikt für sie ein Bruderkonflikt, der eine andere Lösung benötigt hätte. Selbst in ihrer Familie gibt es Streit darüber, dass ihr älterer Bruder, der in Deutschland in Schleswig-Holstein lebt und die westliche Lebensauffassung pflegt, von ihren Eltern und von ihr selbst abgelehnt werden. Innenpolitisch läuft in der Russischen Föderation gerade eine Auseinandersetzung zu Haltungen der westlichen Lebensauffassungen und, dass was man in der eigenen Geschichte mit der Sowjetunion gelebt hatte.

Wir erfuhren auch, dass die Inflation allen Menschen zu schaffen macht. Sie aber einen gewissen Optimismus haben, dass sie es gemeinsam schaffen werden. Können wir das von uns in der BRD und Europa behaupten?

Ich habe bereits eine mündliche Einladung, zu den Feierlichkeiten am Tag des Sieges am 09. Mai wieder in Wolgograd zu sein. Ich werde dieser Einladung wieder gern nachkommen. Russische Gastfreundschaft lässt sich nun einmal schwer beschreiben, man muss sie erleben! (Bilder zum Artikel auf der Webseite www.bfdvr.de)

Großes hat sich das Berliner Landgericht mit einem am 14.03.24 eröffneten Prozess vorgenommen. Wegen seiner „zeitgeschichtlichen Bedeutung“ wird der Prozess sogar ausnahmsweise per Tonaufnahme dokumentiert. Nach dem Fiasko bei der strafrechtlichen Abrechnung mit dem MfS (Ca. 30.000 Ermittlungsverfahren gegen MfS-Mitarbeiter führten nach unseren Kenntnissen lediglich zu zwei Verurteilungen mit Haftstrafen, keine wegen eines Tötungsdeliktes oder Folter) soll nun endlich bewiesen werden, dass das MfS eine Mördertruppe war.

Angeklagt ist der heute 80-jährige ehem. MfS-Mitarbeiter Manfred N., der vor etwa 50 Jahren in der Grenzübergangsstelle Berlin-Friedrichsstraße den polnischen Bürger Kukuczka aus einem Hinterhalt heraus (heimtückisch!) erschossen haben soll, welcher nichts anderes im Sinn hatte, als in Freiheit leben zu wollen.

Der Prozess hatte noch nicht einmal begonnen, als der Angeklagte durch Anklagevertreter und Medien bereits als Mörder – und um die Emotionalisierung noch einmal zu steigern – auch als Henker vorverurteilt wurde.

Was war geschehen? Der Sicherheitsoffizier der polnischen Botschaft hatte sich 1974 an die Abteilung Internationale Verbindungen des MfS gewandt und um Hilfe gebeten. Ein polnischer Staatsbürger drohe in der Botschaft sich und die Botschaftsräume mit einem in einer Tasche mitgeführten Sprengkörper in die Luft zu sprengen, sollte ihm nicht die Ausreise in die BRD über die Grenzübergangsstelle Friedrichstr. ermöglicht werden. Der Stellvertretende Minister Bruno Beater setzte daraufhin Mitarbeiter der für die Grenzübergangsstelle Friedrichstr. zuständigen Hauptabteilung VI in Marsch mit dem Auftrag, den polnischen Bürger aus der polnischen Botschaft zu entfernen und anschließend auf dem Territorium der DDR „unschädlich“ zu machen.

Es gelang den MfS-Mitarbeitern, Kukuczka unter Vorspiegelung einer möglichen Ausreise in die BRD aus der polnischen Botschaft zu lotsen. Die Abfertigung am Bahnhof Friedrichstraße wurde unterbrochen und K. an den dort Wartenden und den Grenzscheulen vorbei in den Bahnhof gelassen, wo er überwältigt werden sollte. Er soll dort bereits von dem hinter einer Sichtblende verborgenen Angeklagten erwartet worden sein. Als K. eine Pistole gezogen habe (um dieses Detail wird im Prozess noch gestritten), sei er vom Angeklagten niedergeschossen worden. K. ist Stunden später im Haftkrankenhaus Hohenschönhausen seinen Verletzungen erlegen. Der vermeintliche Sprengsatz erwies sich als Attrappe, die Pistole wurde sicher gestellt.

Ein im Prozess aussagender Beamter des Landeskriminalamtes Berlin, der möglicherweise schon seit 2016 an diesem Fall arbeitet, dazu aber vermut-

lich keine eigenen Ermittlungen angestellt sondern nur MfS-Akten gefleddert hat, legte einen Ministerbefehl vor, mit dem mehrere Angehörige der HA VI wegen Verhinderung eines terroristischen Anschlages ausgezeichnet wurden, darunter der Angeklagte mit dem Kampfnamen der DDR in Bronze. Ansonsten stand Herr S. vom LKA aber, wie die „junge Welt“ am 15.03. berichtete, auffallend schlecht im Stoff. In der „junge Welt“ nachzulesen ist: „Die Verteidigerin von N. fragte S., ob er die Beschreibungen des mutmaßlichen Schützen in den Akten mit dem Erscheinungsbild von N. abgeglichen habe. Das war nicht der Fall. Eine gründliche Prüfung der Plausibilität der Zeugenaussagen hat er nicht vorgenommen. Er wusste auch auf Nachfrage nicht sicher, ob Kukuczka seine Bombendrohung in der polnischen Botschaft ausgesprochen hatte – oder nicht doch in einem »Ministerium«, wie er zunächst aussagte. Bei einem an die Wand projizierten Dokument, das die Auszeichnung mehrerer mit dem Fall befasster MfS-Mitarbeiter belegt, konnte er das für den Fall elementare Kürzel »HA VI« (die für Passkontrolle und Fahndung zuständige Hauptabteilung VI des MfS) nicht entschlüsseln. Dass er auch die Frage der Verteidigerin verneinen musste, ob er denn ermittelt habe, welche Funktion der Angeklagte im MfS am Tattag eigentlich hatte, überraschte schon nicht mehr. Er hat auch den mutmaßlichen Tatort nicht aufgesucht.

Fundierter fiel am Nachmittag die Aussage einer 65jährigen Frau aus Bebra aus. Sie wollte am 29. März 1974 als 15jährige nach einem mehrstündigen Ausflug nach Ostberlin mit ihrer Schulklasse nach Westberlin ausreisen und hielt sich im Bereich der Passkontrolle auf, als Kukuczka mit seiner Tasche an ihr vorbeilief und, so schildert sie es, am Eingang der Unterführung zu den Bahnsteigen niedergeschossen wurde. Den mutmaßlichen Schützen beschrieb sie am Donnerstag als großgewachsen und schlank. Als die Verteidigerin des Angeklagten ihr vorhielt, dass sie den Schützen im April 1974 als »korpulent« und mittelgroß beschrieben und dessen Alter auf 45 Jahre geschätzt hatte, schwieg sie einige Zeit.

Das Gericht und die „Qualitätsmedien“ verdrängen hartnäckig die Tatsache, dass die Maßnahmen des MfS der Beseitigung einer terroristischen Gefahr gedient haben und kommen schon gar nicht auf die Idee, dass die Sicherheitsorgane der DDR zur Beseitigung solcher Gefahren nicht nur ermächtigt, sondern sogar verpflichtet waren. Eine Ausreise des K. hätte bedeutet, dass sein Beispiel Schule macht und Nachahmer findet. Alt-Bundeskanzler Schmidt hat sein okay für den Anti-Terroreinsatz in Mogadischu 1977, bei dem eine Flugzeugentführung beendet und drei von vier Geiselnemern erschossen wurden (aus einem Hinterhalt?) mit analogen Argumenten begründet. Es gehört schon



eine gehörige Portion an ideologischer Verblendung dazu, eine ernsthafte Bombendrohung nicht als terroristische Gefahr wahrzunehmen, sondern unter der Rubrik des Kampfes für Menschenrechte einzuordnen.

Am 04.03.24 wurde eine 65-jährige Frau von Spezialkräften der Polizei niedergeschossen und dabei schwer verletzt. Sie hatte sich in einem Raum einer Aachener Klinik verschanzt, einen auffallend breiten Gürtel getragen, der als Sprengstoffgürtel angesehen wurde und einen „Gegenstand“ auf die Einsatzkräfte gerichtet. Strafrechtliche Konsequenzen haben die Einsatzkräfte, die damit eine Gefahrenlage geklärt haben, nicht zu befürchten, wohl eher Belobigungen und Beförderungen für ihr entschlossenes Handeln. Das gilt auch fast immer für jene Polizisten, die von 1952 bis 2019 lt. Wikipedia in mindestens 530 Fällen Personen bei Einsätzen mittels Schusswaffen getötet haben. Wenn in seltensten Ausnahmefällen ermittelt oder gar Anklage erhoben wurde, folgten mit Sicherheit nur milde Strafen. Auf Mordmerkmale wurde vermutlich niemals geprüft.

Umso härter wird gegen Sicherheitskräfte des einstigen Feindstaates DDR geurteilt. Grenzsoldaten, ihre militärischen Vorgesetzten und Mitglieder des SED-Politbüros wurden ohne gesetzliche Grundlage und in Missachtung des Rückwirkungsverbot nach „Naturrecht“ als Totschläger verurteilt. Jetzt muss es schon Mord sein, da sonst alles verjährt ist. Unsere Solidarität gilt Manfred N. der sich in den Klauen einer furchtbaren Justiz befindet, die sich wahrscheinlich noch immer dem einstigen Auftrag von Ex-Justiz-Minister Kinkel verpflichtet fühlt, dass es der deutschen Richterschaft gelingen müsse, die DDR zu delegitimieren.

Der Prozess wird am 4. April fortgesetzt und frühestens im Mai 2024 ist ein Urteil zu erwarten.

Nie wieder Krieg und Faschismus!

Das wollten die Menschen in Deutschland, nachdem die Alliierten das Land von den Hitlerfaschisten befreit hatten. Im Osten war es die Rote Armee der Sowjetunion, die den größten Blutzoll in diesem Krieg gezahlt hatte. „Nie wieder!“ steht auch über Demonstrationen, die bundesweit unter Beteiligung der Ampelregierung und zu ihrer Unterstützung stattfinden, gegen die angeblich rechte Gefahr – eine extreme Verharmlosung der Verbrechen des Hitlerfaschismus!

Wer aber schickt so viele Waffen wie nie zuvor in die Kriegsgebiete der Welt, in die Ukraine, nach Israel, nach Afrika und Asien, wo sie neben Soldaten auch hunderttausendfach Zivilisten, Frauen und Kinder töten und ihnen unsägliches Leid zufügen? Wer fordert von uns, den Gürtel enger zu schnallen und kriegstüchtig zu werden, den Krieg nach Russland zu tragen, Russland zu zerstören?

Wer verhängt Sanktionen gegen Länder wie Syrien und Iran, wo Frauen und Kinder diejenigen sind, die am meisten darunter leiden, Familien zur Migration gezwungen werden? Wer zerstört unse-

Denkmal „Namenlos“ in Zschopau, zu Thälmanns Geburtstag am 16. April

Norbert Staffa

In der kleinen Stadt Zschopau errichteten jene, die Thälmann einst verehrt hatten, 1976 ein bescheidenes Denkmal - eine nüchterne Betonwand, gegossen vom Hausmeister und den Schülern der benachbarten Schule. Darauf eine schmückende, gußeiserne Reliefplatte mit dem Seitenprofil Thälmanns, ein schmiedeeiserner Schriftzug, „Thälmann ist niemals gefallen“ und eine Flammenpylone. Bis 1990 wurde die Stätte regelmäßig von Pionieren, FDJlern und Menschen, die irgendwie eine Beziehung zu Thälmann hatten, besucht. Manche wurden auch an die Stätte „abgeordnet“. Nach 1990 kam niemand mehr. Die Natur bemächtigte sich der Erinnerungsstätte. Einmal entdeckten Zschopauer Gymnasiasten das Denkmal und legten es notdürftig frei. Vandalismus konnte dem beständigen Material wenig anhaben. 2019 erinnerten sich Mitglieder des Zschopauer Vereins „Erinnerungskultur“ durch Zufall an das Denkmal. Die dem Verfall und Vandalismus preisgegebenen künstlerischen Teile jammerten sie. Darum boten die Vereinsmitglieder der Denkmalbehörde an, die substanziellen Teile zu erwerben. Nach dem Gesetz zum Schutz und der Pflege der Kulturdenkmale im Freistaat Sachsen ist aber ein eingetragenes Denkmal vorrangig zu erhalten und zu pflegen. Nachdem der Rechtsträger des eingetragenen Denkmals, die Stadt Zschopau, an diese Pflicht erinnerte, konnten Fördermittel beantragt werden. 2020 wurde das „Denkmal der Erinnerungskultur“ dem gesetzlich vorgeschriebenen Zustand zugeführt. In der Folgezeit kam es erneut zu Angriffen auf das Denkmal mit Beschädigungen an substanziellen Teilen. Vorschläge unseres Vereins an die zuständige Untere Denkmalbehör-

de und die Landesbeauftragte für Denkmalschutz zur Sanierung oder möglicherweise der Umwidmung des Denkmals in eine „Erinnerungsstätte für Thälmann, die in Zschopau verstorbenen jüdischen Frauen einer KZ-Außenstelle und die 32 in Zschopau im sogenannten „Lazarettlager“ der Wehrmacht an Unterversorgung und Hunger verstorbenen kriegsgefangenen sowjetischen Rotarmisten“ wurden abgelehnt. Interessant war dabei der Hinweis der Behörden, dass nach der Rechtsgrundlage ein eingetragenes Denkmal im Originalzustand zu erhalten sei. Nach geringfügiger Beschädigung des prägenden Schriftzuges „Thälmann ist niemals gefallen“ ließ die Stadt Zschopau diesen in der Gesamtheit entfernen. Der Sanierungsaufwand sei wegen der zu erwartenden erneuten Beschädigungen unzumutbar. Für diese Argumentation holte sich die Stadt die Rückendeckung der Unteren Denkmalbehörde. Der geltende Rechtsgrundsatz „Erhaltung des Denkmals“ war ausgehebelt. Damit war in Zschopau das Denkmal „Namenlos“ entstanden. Unsere Interessengemeinschaft „Erinnerungskultur“ gibt dem Denkmal bei entsprechendem Anlass seinen Namen, beispielsweise zum Tag der Erinnerung an die Opfer des Faschismus am 27. Januar und an Thälmanns Geburtstag. Das Schicksal des Denkmals zeigt „Immer schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten“, sagte Bertolt Brecht. Das gilt auch für die Erinnerung an den durch die Nazis ermordeten Reichstagsabgeordneten und KPD Vorsitzenden Ernst Thälmann. Seine Ideale haben eine Niederlage erlitten, obgleich die Sieger gegenwärtig und zukünftig bis zum Hals in Schwierigkeiten stecken.

re eigene Wirtschaft mit Sanktionen gegen andere Länder und erlässt unsinnige Gesetze, die nicht nur den Mittelstand, die Bauern und Unternehmer, sondern auch die Ärmsten in der Gesellschaft am meisten treffen? Wer finanziert ein Regime, das Denkmäler für Faschisten errichtet, die als Handlanger der deutschen Faschisten Juden, Polen und Russen ermordet haben, und seine eigene Bevölkerung seit 10 Jahren bombardiert? Wer beteiligt sich am größten Nato-Manöver aller Zeiten, das den Krieg gegen Russland mit 90 000 Soldaten entlang seiner Westgrenze probt?

Der 2+4-Staatsvertrag, der die Einigung Deutschlands ermöglicht hat, verbietet NATO-Waffen auf und durch das Territorium der ostdeutschen Länder zu transportieren und zu lagern! Wer plant den Angriff gegen Russland, ohne Rücksicht darauf, dass dann Deutschland wahrscheinlich Kriegsschauplatz würde! Deutsche Generäle!

Der Bundeskanzler tönte auf der (Un-) Sicherheitskonferenz: „Wir lassen uns keinen Frieden aufzwingen!“ Wer schafft immer neue Gesetze, die jede Kritik an dieser Regierung unter Strafe stellen

sollen, damit unsere Stimmen gegen Faschismus und Krieg verstummen sollen? Wer will uns unsere Grundrechte auf Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung nehmen? Der Bundeskanzler bezeichnet Menschen mit Friedenstauben als gefallene Engel aus der Hölle und der Bundespräsident Oppositionelle als Rattenfänger. Angestellte des Verfassungsschutzes verbreiten rechtsextreme Hetze im Internet, wie man in der Süddeutschen Zeitung lesen kann. Gemeinsam müssen wir diesen Wahnsinn stoppen! Wir müssen friedentüchtig werden! Lassen wir uns nicht gegeneinander aufhetzen! Im Gedenken an die Opfer des Faschismus, auch an die Frauen in Neubrandenburg, für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder: Kommen Sie mit uns auf die Straße und zeigen wir es dieser Regierung: Nie wieder Krieg und Faschismus in Deutschland! Von Deutschland muss Frieden ausgehen!

Das Friedensbündnis Neubrandenburg lädt Sie alle ein zur Friedenskundgebung und zum Friedensmarsch am Ostermontag, dem 1. April um 14 Uhr auf dem Marktplatz!

Zu ISOR aktuell 3/24,*Hartwig Müller, TIG Köpenick, Berlin, 10.03.24*

Mit Aufmerksamkeit habe ich mir den Beitrag unseres Genossen Gerald Böhm zum Thema „Runder Tisch fordert mit Nachdruck Rentengerechtigkeit“ angesehen. Der Hinweis zum Lesen von Unterlagen des Runden Tisches im Internet war sehr aufschlussreich. Es ist gut und richtig, dass sich ISOR e.V. an den vielen Schritten im Kampf um die Rentengerechtigkeit beteiligt

Dass die Anzahl der Anträge von ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern relativ gering ist, liegt an den hochgesteckten Hürden im „Antrag auf eine pauschale Einmalzahlung zur Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung“. Anspruchsberechtigt ist ohnehin nur ein Teil der Bezieher von Zusatzrenten nach den 27 Zusatzversorgungssystemen gemäß Anlage I des AAÜG.

Für uns als ISOR e. V. ging es in dem Jahrzehnte dauernden politischen und juristischen Kampf nicht um eine Einmalzahlung

aus einem Härtefall- oder Gerechtigkeitsfonds, sondern um die Anerkennung der durch eigene Beiträge erworbenen Ansprüche und damit um die Änderung des Anspruchs- und Anwartschafts-Überführungsgesetzes (AAÜG). In einigen Dokumenten des Runden Tisches wird auf die Zusatzversorgungssysteme, wie sie in der Anlage 1 des AAÜG genannt sind, hingewiesen. Der Gesetzgeber hat bewusst die 4 Sonderversorgungssysteme nach Anlage 2 des AAÜG, wie NVA, MdI, Zoll und MfS, als eine gesonderte Rentenform zusammengefasst. Für die früheren Mitarbeiter aus den Sonderversorgungssystemen NVA, MdI und Zoll sind die Rentenansprüche geklärt.

Die Rentenbegrenzungen für die ehemaligen Mitarbeiter des MfS sollten nach den umfangreichen Aktionen von ISOR e.V. nicht zu einer Einmalzahlung, sondern zu einer Änderung des Rentenrechts führen. Die Einbeziehung der Forderung von ISOR e. V. nach der Beseitigung des Rentenunrechts gegenüber den ehemaligen MfS-Angehörigen in den geforderten Gerechtigkeitsfonds des Runden Tisches könnte ein

weiterer Schritt sein. Die fortdauernde Stasi-Hysterie wird mögliche Verhandlungen erschweren bis unmöglich machen. Unter diesen Gesichtspunkten ist das Mitwirken von ISOR e. V. im Verein Runder Tisch Leipzig als politische Aktion zu sehen. Keinesfalls sollten bei unseren Mitgliedern erneut Hoffnungen oder Illusionen geweckt werden.

Unser Kampf um die Beseitigung des Unrechts und die Anerkennung der durch Beitragszahlungen erworbenen Ansprüche geht weiter. Hier sehe ich im Antrag von ISOR e. V. an den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO ECO-SOC vom 20.07.2023, siehe „ISOR aktuell“ 07/23, und meine Petition an den Deutschen Bundestag, siehe „ISOR aktuell“ 09/ 2022, unsere Hoffnungen.

Leider müssen wir auf Antworten warten.

Es ist gut, mit Partnern in der politischen Auseinandersetzung zum Renten- und Sozialrecht zusammen zu arbeiten. Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung macht es erforderlich, gemeinsam gegen den Sozialabbau aufzutreten.

Kriegstüchtige für Kriegssüchtige*Manfred Wild, Berlin 20.02.2024*

Weil die deutsche Ampel-Regierung, die noch in Opposition befindliche CDU/CSU und die deutsche Rüstungsindustrie gemeinsam nach einem Krieg gegen Russland hochgradig süchtig sind, ruft ihr Kriegsminister unter Beifall von führenden SPD-, Grünen-, FDP- und CDU/CSU-Politikern das kriegsmüde und mehrheitlich kriegsunwillige deutsche Volk auf, seine vor zwei Weltkriegen bezeugte „Kriegsbereitschaft und -tüchtigkeit“ nun erneut wieder unter Beweis zu stellen. Treffend bezeichnet die BSW-Vorsitzende, Sahra Wagenknecht, die gegenwärtige Kriegshysterie der Bundesregierung, ihrer Scheinopposition und der ihr folgsamen Mainstream-Medien als „Kriegsbesoffenheit“. Diesem politischen Alkoholrausch soll sich nun das deutsche Volk

durch den Genuss von hochprozentiger Russophobie bis zum Komasaufen anschließen. Alkoholiker sind zumeist geistig nicht mehr in der Lage, den Grund ihres betrunkenen Zustandes zu erkennen. Sie erfinden deshalb haarsträubende Begründungen für ihre Handlungen unter dem Einfluss von Alkohol. Die Bundesregierung phantasiert in ihrer politischen Besoffenheit nun von einer Gefahr einer russischen Aggression in den kommenden Jahren, spätestens in fünf. Ein nüchterner Realist muss diesem Irrsinn energisch entgegen! Russland hatte weder 1914 noch 1941 ein Interesse an einem Krieg gegen Deutschland und auch gegenwärtig nicht. Im Gegenteil: Russland musste sich in beiden Fällen gegen deutsche Aggression zur Wehr setzen und hat ihr unter großen Opfern erfolgreich widerstanden. Jetzt setzt es sich zur Wehr gegen die Bedrohung durch die NATO. Wenn der Aufruf

des deutschen Kriegsministers zur Kriegstüchtigkeit für einen Krieg gegen Russland in der Bundesrepublik Erfolg zeigen würde, so wird dieser wie der erste und der zweite Weltkrieg für das deutsche Volk erneut dramatisch enden. Deshalb ist den Bundesbürgern dringend zu raten, nicht nur kriegsmüde zu bleiben, sondern sich zu verweigern, an der Kriegs-Orgie der herrschenden Politik teilzunehmen. Politische Ernüchterung durch Massenprotest gegen Aufrüstung und Militarisierung, gegen Eskalation des NATO-Stellvertreterkrieges der Ukraine, gegen Bundeswehreinmärsche in anderen Ländern und der Entzug des Wählervertrauens in die kriegslüsternden Parteien, das ist der einzig wirksame Selbstschutz und der Sicherheitsgarant der deutschen Bundesbürger. Friedentüchtigkeit, nicht Kriegstüchtigkeit des deutschen Volkes ist seine historische Verantwortung gegenüber der Welt!

**Nunmehr schon Tradition**

Für die TIG Chemnitz war es dieses Jahr wieder ein Bedürfnis am 08. März, dem Internationalen Frauentag, unseren Frauen für die ausgezeichnete Unterstützung für Ihren geleisteten Beitrag in unserem Kampf für Frieden und gegen Sozialabbau und soziale Benachteiligung in würdiger Form unseren Dank auszusprechen.

Bei Kaffee und Kuchen, individuellen Gesprächen über das Alltagsleben und die Familie und immer wieder berechtigt vorgetragener Sorge beim Kampf um die Erhaltung des Friedens auf unserem Kontinent bei voller Wahrnehmung der Verantwortung für jetzige und nachfolgende Generationen, verging die Veranstaltungszeit für alle Teilnehmerinnen wieder viel zu schnell.

Wir möchten uns an dieser Stelle aber ausdrücklich bei unseren ISOR Mitgliedern Sabine und Siegfried Meyer aus Berlin für Ihre schon traditionelle Unterstützung nochmals recht herzlich bedanken.

Vorstand TIG Chemnitz

Der Sonderermittler wird 90

von Wolfgang Tanner

Am 30. Mai 2024 wird einer der erfolgreichsten Kriminalisten der Hauptabteilung Untersuchung des MfS 90 Jahre alt. Oberstleutnant a.D. Hans Becker hat seit dem 01. Juni 1953 als Kriminalist gearbeitet und wechselte am 01. April 1967 von der Deutschen Volkspolizei zum MfS, um in einer neu gebildeten Sonderkommission schwere Straftaten zu untersuchen.

Mit seinem Namen ist die Bearbeitung vieler spektakulärer Vorkommnisse und Straftaten verbunden, beispielsweise das Eisenbahnunglück von Langenweddingen, die Knabenmorde von Eberswalde, der tödliche Verkehrsunfall mit Minister Georg Ewald, der Tod des Finanzministers Ewald Böhm, der bewaffnete Angriff auf ein Fahrzeug der Sicherungsgruppe Honecker bei Klosterfelde oder die Knabenmorde von Borgsdorf und Neu-Brandenburg.

Von besonderer politischer Brisanz war die Aufklärung von Transitleichenfunden, die nur das MfS wegen seiner operativen Möglichkeiten in der BRD oder Westberlin durchführen konnte.

Am 05. Dezember 1975 wurde an der Autobahn Westberlin-Magdeburg eine weibliche Leiche ohne Kopf gefunden. Durch die Einreiseanalyse, ist ein verdächtiger Westberliner ermittelt worden, der einen Mietwagen gefahren hat. Eine operative Überprüfung des Reifenprofils in Westberlin ergab Übereinstimmung mit den am Tatort gesicherten Reifenspuren. Die Beweise wurden an die Staatsanwaltschaft Westberlin übergeben und der Täter verurteilt.

Am 24. November 1979 wurde bei Bad Klosterlausnitz eine stark verkohlte männliche Leiche gefunden. Drei Tage zuvor war ein Westberliner Ehepaar über Hirschberg mit einem Mietwagen in die BRD aus- und 55 Minuten später wieder eingereist. Ein IM mietete den Wagen in Westberlin an und brachte ihn zur kriminaltechnischen Untersuchung in die DDR, wo Spuren des Opfers gesichert wurden und alle Beweise der Staatsanwaltschaft Westberlin übergeben werden konnten.

Am 24. November 1984, ist an der Autobahn Westberlin – Magdeburg eine zerstückelte und in Plastetaschen sowie einen Karton verpackte männliche Leiche aufgefunden. Es handelte sich um einen 30 bis 40jährigen Südländer. Durch operative Ermittlungen in der BRD gelang es, das Opfer - einen in der BRD lebenden Afghanen - zu identifizieren, der von seiner polnischen Ehefrau und deren Afghanischen Geliebten getötet worden war.

Hans Becker hat mit seinem Buch „Der Sonderermittler“ der Nachwelt ein reales Bild von der Untersuchungsarbeit des MfS vermittelt. In vielen Buchlesungen gab er Einblicke in seine Tätigkeit, wie mit Ausdauer und kriminalistischem Spürsinn um die Aufklärung ge-rungen worden ist.

Zu den Veranstaltungen kamen nicht nur ehemalige Angehörige des MfS oder ihre Familien, sondern auch zahlreiche Außenstehende. Beispielsweise waren bei der von der TIG Suhl/Ilmenau/Meiningen am 09. März 2023 in Suhl organisierten Buchlesung über 60 Zuhörer, unter ihnen ein Drittel aus damaligen zivilen Bereichen.

Hans Becker ist auch gerne Gast bei internen Veranstaltungen gewesen, so beim Absolvententreffen anlässlich der 50jährigen Verleihung des akademischen Grades „Diplomkriminalist“ durch die Humboldt-Universität zu Berlin im Juni 2023. Er hatte im Fernstudium ebenfalls diesen Grad erworben.

Es ist erstaunlich, mit welcher Vitalität und welchem Engagement der Autor seine Buchlesungen gestaltet. Er möchte als Zeitzeuge die Wahrheit über die Tätigkeit der Linie Untersuchung des MfS verbreiten, und die Zuhörer ermutigen, sich durch die Hetze gegen das MfS nicht einschüchtern zu lassen. Durch „verleumderische Federn“ seien Unwahrheiten und böswillige Verleumdungen niedergeschrieben, denen wir immer wieder entgegneten sollten. So mache er das auch.

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-berlin@t-online.de
Vertrieb: Peter Ott, isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga, LibelleDeko
Herstellung: Druckerei Gottschalk
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

IMPRESSUM

Redaktionsschluss: 27.03.2024
Print- und Internetausgabe:
08.04.2024

Redaktionsschluss der
nächsten Ausgabe: 24.04.2024

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr/
Mi: nach telef. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott
Di/ Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-17
E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung: Bernd Hartmann
Mi: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-17
E-Mail: isor-stat@t-online.de

Unsere Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBXXX



AUFRUF ZUM ELBE-TAG
TORGAU 1945-2024



HANDSCHLAG BRINGT FRIEDEN !!!

„Wir versprochen einander, dass die Nationen der Erde in Frieden leben sollten und müssten.“

Daher rufen wir am **27. April 2024, 11:30 Uhr** zu einer Demonstration für den Frieden auf. Treffpunkt: Fahnenmonument, Brückenkopf, (Ostseite der Elbe)

UNSERE FORDERUNGEN:

- Frieden geht nur mit Russland und China!
- NATO raus - Raus aus der NATO!
- Schließung von US- und NATO-Stützpunkten in - Deutschland!
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Runter mit den Rüstungsausgaben
- Ausstieg aus der „nuklearen Teilhabe“!
- US-Atomwaffen raus aus Deutschland!
- Stärkung der Vereinten Nationen (UN) und des Völkerrechts

Veranstalter: Die Friedensbewegung!

Weitergeben * * * Mitglieder gewinnen * * * Weitergeben